

Politik und Religion in den USA

In God We Trust

Modernisierung und Säkularisierung gehen nicht immer Hand in Hand. Das beste Beispiel dafür sind die USA: Inbegriff der Moderne, aber auch eines der religiösesten Länder der Welt. Ein Blick auf die „Christliche Rechte“ und ihren dogmatischen Kern.

Von Manfred Brocker

In der europäischen Soziologie bestand lange Zeit die Auffassung, dass moderne Gesellschaften säkulare Gesellschaften sind und sein werden. Der wissenschaftliche und technische Fortschritt, so die These, werde zu einer Rationalisierung und „Entzauberung“ der Welt (Max Weber) führen, und damit zugleich werde der Bedarf an religiösen Sinnstiftungsmustern zurückgehen. Wissenschaftliche Erklärungen würden theologische verdrängen. Allenfalls noch für „Passageriten“ werde man auf die Angebote der Religionen zurückgreifen. Darüber hinaus aber würden die Gesellschaften eine lineare und unumkehrbare Entwicklung durchlaufen, die durch Immanentisierung geprägt sein wird. Die Folgen: ein starker Mitgliederschwund bei den Religionsgemeinschaften, leere Kirchen und die Verdrängung des Glaubens aus der Öffentlichkeit.

Doch entgegen dieser Annahmen gehen Modernisierung und Säkularisierung offenbar nicht immer Hand in Hand. Die USA sind das beste Beispiel. Einerseits Inbegriff der Moderne, gehören sie andererseits bis heute zu den religiösesten Ländern der Welt. Einer Studie der Baylor University in Texas zufolge bezeichnen sich gerade einmal 5,2 Prozent der Befragten als „Atheisten“. Dagegen besucht etwa die Hälfte der Amerikaner mindestens einmal pro Woche den Gottesdienst, 56,3 Prozent beten täglich. 71,1 Prozent der US-Bürger glauben an ein Leben nach dem Tod, über 80 Prozent an die jungfräuliche Geburt Jesu, während nicht einmal 30 Prozent die Evolution für

eine wissenschaftlich erwiesene Tatsache halten.

Der großen Vitalität des Glaubens entspricht ein fast unübersehbar breites Angebot: So existieren über 1500 verschiedene Glaubensgemeinschaften im Land, mehr als jemals zuvor. Dennoch bleibt die Mehrzahl der Bürger einer protestantischen Denomination verbunden: 60 Prozent der Amerikaner sind Protestanten, etwa ein Drittel davon Baptisten, 16 Prozent Methodisten, 12 Prozent Lutheraner und 6 Prozent Presbyterianer. Aufgrund der massiven Zuwanderung aus Lateinamerika während der letzten drei Jahrzehnte

Unter allen Charaktereigenschaften und Gepflogenheiten des politischen Wohlstands sind Religion und Moral unentbehrliche Stützen. Wir sollten uns nur mit Umsicht der Annahme hingeben, Moral könne ohne Religion aufrechterhalten werden.
(George Washington, 1732 - 1848)



te bilden allerdings Katholiken mit 22 Prozent der Bevölkerung inzwischen die größte Einzeldomination. 2,5 Prozent der Amerikaner sind Juden, ca. 5 Prozent gehören anderen religiösen Gemeinschaften an (Moslems, Hindus, Buddhisten etc.). Die religiös konservativen Glaubensgemeinschaften, zu denen neben den evangelikal-fundamentalistischen Südstaatenbaptisten und Pfingstlern die Mormonen und Zeugen Jehovas gehören, verzeichnen dabei insgesamt einen Zuwachs, während die moderaten protestantischen Kirchen an Zuspruch verlieren.

Seit der Gründung der Vereinigten Staaten durch protestantische Kolonisten unterschiedlichster konfessioneller und nationaler Provenienz gehört es zu den zentralen Aufgaben der

Dr. Dr. Manfred Brocker, Professor für Politische Theorie und Philosophie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, 2009/2010 Visiting Fellow an der Princeton University.



Christlicher Demonstrant (Washington, 12. September 2009)

bundesstaatlichen Ordnung, die friedliche Koexistenz der vielen Religionen zu gewährleisten. Dabei entschied man sich für eine verfassungsrechtliche Regelung, die einerseits eine weitgehende Religionsfreiheit vorsieht, andererseits die Kirche(n) vom Staat trennt. Abweichend vom britischen Muster der Staatskirche verwirklichte man in den USA mithin ein liberales Modell, das keine Religion rechtlich zu privilegieren erlaubt – auch wenn der Protestantismus zunächst (und in vielen Landesteilen bis heute) kulturell wie gesellschaftlich dominierte. So gibt es in den USA keine Kirchensteuern und keine staatlichen Zuwendungen für kirchliche Einrichtungen, keinen Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen, keine religiösen Symbole wie Kreuze oder Krippen in staatlichen Gebäuden. Gleichzeitig wird eine fast uneingeschränkte Religionsfreiheit gewährleistet, die sich auch auf exotische und umstrittene Gruppen wie Sciento-

logen, Rekonstruktionisten und Satanisten erstreckt. Solange sie sich im Rahmen der (Straf-) Rechtsordnung bewegen, sind sie den Eingriffen staatlicher Organe weitgehend entzogen.

Auch wenn es zunächst paradox scheinen mag: Trotz oder gerade wegen der strengen Trennung von Kirche und Staat spielt die Religion im öffentlichen Leben der USA bis in die Gegenwart eine wichtige Rolle. Unverkennbar hat sie ihren Platz bei der Amtseinführung der Präsidenten („inaugurations“) ebenso wie bei den offiziellen Festakten am Independence-, Veterans- oder Martin-Luther-King-Day, die allesamt religiös inszeniert werden. „Religiös“ bedeutet hier freilich etwas anderes als religiös im konfessionellen Sinne. Um die unterschiedlichen Gehalte voneinander abgrenzen zu können, spricht man in den USA seit langem von „Zivilreligion“ („civil religion“). Gemeint ist damit jenes Ensemble an Glaubenssätzen, Symbolen und Ritualen, das die Bürger an das politische Gemeinwesen bindet und dieses in letzter Instanz als transzendent legitimiert erscheinen lässt („a nation under God“). Es benennt zugleich Werte, die prinzipiell menschlicher Dispositionsfreiheit entzogen sein sollen („Liberty is God’s gift to humanity“, wie George W. Bush wiederholt betonte), und stellt zudem Geschichte und Schicksal des Landes in einen öffentlich vermittelten Sinnbezug: Die Vereinigten Staaten werden zu einer „von Gott erwählten Nation“ überhöht, deren „Mission“ es ist, die Menschheit zur Freiheit zu führen. Diese säkularisierte „heilsgeschichtliche“ Vorstellung von der „Erlösnation“ („redeemer nation“) beeinflusst bis heute die amerikanische Politik. Aus der Überzeugung, Vorbild zu sein, ließ sich das Recht, ja die Pflicht ableiten, die Welt entsprechend umzuprägen, sie zu zivilisieren und zu erneuern. Das amerikanische Modell einer durch individuelle Freiheit und Rechtsstaatlichkeit geprägten Demokratie sollte möglichst allen Völkern zuteilwerden: Aus einem ursprünglich religiös-protestantisch geprägten Missionsgedanken erwuchs das demokratische Sendungsbewusstsein der „Neuen Nation“.

Insofern stellt die amerikanische Zivilreligion keinen verwässerten Puritanismus oder Protestantismus dar, sondern repräsentiert einen originären Wertekonsens, der als ideelle Klammer den Zusammenhalt und die Stabilität einer höchst disparaten, ethnisch wie religiös stark fragmen-

tierten Gesellschaft verbürgen soll. Eine einzelne Religion oder Konfession hätte diese Funktion kaum erfüllen können. Wäre etwa der Protestantismus im 18. Jahrhundert zur Staatsreligion erhoben worden, hätte dies über kurz oder lang zum Auseinanderbrechen der Gesellschaft geführt, zu der schon damals neben Nicht-Protestanten, Nicht-Christen und Nicht-Gläubigen Dutzende von protestantischen Kirchen und Sekten gehörten, die sich vermutlich niemals auf den Inhalt einer gemeinsamen „Staatsreligion“ hätten einigen können.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika ist also ein Nebeneinander von „Zivilreligion“ und Religion im konfessionellen Sinn charakteristisch. Dass Letztere in jüngster Zeit politisch zunehmend ins Rampenlicht rückte, markiert dabei eine weitgehend neue Entwicklung. Vor allem durch das Auftreten der sogenannten „Christlichen Rechten“, einer religiös-politischen Bewegung konservativer Protestanten, die die in den 1960er Jahren einsetzende sukzessive Liberalisierung und Modernisierung der Rechts- und der Gesellschaftsordnung der USA zurückdrängen möchte, nahm die Politisierung der Religion selbst sprunghaft zu.

Die Anhänger der „Christlichen Rechten“ rekrutieren sich aus dem Kreis des weißen „Evangelikalismus“. Gemeint sind damit jene Gläubige, die die Verkündigung des Evangeliums als zentrale Aufgabe betrachten, an die Unfehlbarkeit der Bibel und die Notwendigkeit einer persönlichen Hinwendung zu Jesus Christus als einzigem Weg der Erlösung glauben und diese meist als spirituelle „Wiedergeburt“ („born again“) bezeichnen. Sie stellen etwa 23 bis 26 Prozent der Bevölkerung.

Innenpolitisches Ziel der Christlichen Rechten ist es, durch ein Verbot der „Homo-Ehe“, der Internet-Pornografie und des (Online-) Glücksspiels, ein Verbot der Abtreibung, der Euthanasie, der Stammzellforschung und des Klonens, die Wiedereinführung des Schulgebets, die Berücksichtigung der biblischen Schöpfungsgeschichte (statt der Darwin'schen Evolutionstheorie) im Biologieunterricht und die staatliche Förderung evangelikaler Privatschulen jene protestantisch geprägte „Leitkultur“ in den USA wiederherzu-

stellen, die nach ihrer Auffassung bis in die 1950er Jahre hinein bestand. Sie betrachtet Amerika als erwählte Nation, deren christliche Grundlagen erhalten werden müssten, um Gottes Schutz und Gnade nicht zu verlieren. Damit gibt sie der amerikanischen Zivilreligion eine konfessionelle Note, die nicht mehr – wie ursprünglich vorgese-

Wenn ich sehe, in welche absurden Ungereimtheiten diese Leute geraten, die eine spekulative, metaphysische Religion zu einer Sache von Bedeutung erklären, bin ich fest entschlossen, mich niemals in die Labyrinth religiöser Diskussion zu verirren.
(John Quincy Adams, 1767 - 1848)



hen – inklusiv, sondern exklusiv wirkt, die ausschließt statt zu verbinden.

Außenpolitisch vertrat die Christliche Rechte zunächst eine eher isolationistische als eine aktiv-interventionistische Position: Amerika wurde als „exemplar nation“ gesehen, als Vorbild für die Welt, nicht als „crusader state“. Der 11. September 2001 und der Beginn des Irakkrieges markierten jedoch eine Zäsur und führten zu einer Allianz mit den Neo-Konservativen, die eine unilaterale Politik der Intervention befürworteten. Diese Verbindung war erstaunlich, da beide Gruppen in ideologischer Hinsicht und bei der Beurteilung anderer politischer Fragen durchaus unterschiedliche Meinungen vertraten. So protestierte die Christliche Rechte wiederholt gegen „Christenverfolgungen“ in China und in muslimischen Ländern wie dem Sudan, gegen die nach ihrer Auffassung Handelssanktionen verhängt werden sollten – eine Forderung, die Neokonservative nicht teilten. Besonders „der Islam“ ist seit den Anschlägen vom 11. September 2001 zu einem neuen Feindbild der Christlichen Rechten avanciert. Ihre Führer sehen in ihm eine „böse, unmenschliche Religion“, die einen „Heiligen Krieg“ gegen den „christlichen“ Westen führt. Der Krieg im Irak und in Afghanistan war für sie daher auch aus religiösen Gründen zu rechtfertigen.

Starke Unterstützung findet bei der Christlichen Rechten bis heute der Staat Israel. Die Forderung nach einer israelfreundlichen Politik der US-Regierung wird dabei millenarisch-eschatologisch begründet: Danach gilt die Gründung des Staates

Israel als Zeichen für die bevorstehende Wiederkehr Christi („the second coming of Christ“), die ohne die Existenz eines jüdischen Staates in seinen biblischen Grenzen nicht erfolgen könne. Daher spricht man sich aus religiösen Gründen gegen die Rückgabe der besetzten Gebiete und gegen die Gründung eines eigenen Palästinenser-Staates aus.

Um ihre Forderungen auch politisch durchzusetzen, bedienten sich die Organisationen der Christlichen Rechten anfänglich durch-



Gottes Wille siegt. Ich bin fast bereit zu sagen, dass Gott diesen [Bürgerkrieg] will und dass er nicht will, das er jetzt schon beendet wird. Er könnte jeden Tag einer der beiden Seiten den Sieg schenken. (Abraham Lincoln, 1809 -1865)

aus aggressiver Mittel. Konfrontative Aktionen wie die Blockade von Abtreibungskliniken, Massendemonstrationen vor dem Gebäude des Kongresses und des Obersten Bundesgerichts prägten ihr öffentliches Erscheinungsbild in den frühen 1980er Jahren. Als sich jedoch im Laufe der Zeit die Erfolglosigkeit ihres Vorgehens zeigte und ihr „bullying“ selbst nahestehende Abgeordnete und Präsident Reagan abschreckte, adaptierten sie sukzessive die Methoden anderer bereits etablierter politischer Interessengruppen. Ihr Strategien-Repertoire umfasst heute das (Insider-) Lobbying im Kongress, im Weißen Haus (bis 2008) und vor den Gerichten – Letzteres durch das Führen von Musterprozessen oder das Einreichen eigener Rechtsgutachten in wichtigen Verfahren; ferner die Initiierung oder Unterstützung von Referenden auf lokaler und einzelstaatlicher Ebene (etwa gegen die „Homo-Ehe“), die Beeinflussung des „Meinungsklimas“ durch Anzeigenkampagnen in den Medien sowie die Publikation von Büchern und Broschüren. Darüber hinaus aber hat die Christliche Rechte in den letzten 20 Jahren vor allem zwei Wege der politischen Einflussnahme beschritten: die „Infiltration“ der Führungsgremien der Republikanischen Partei und die Wählermobilisierung für konservative Kandidaten auf lokaler, einzelstaatlicher und nationaler Ebene.

Der Blick auf die Programmatik der Republikanischen Partei macht den wachsenden Einfluss der Christlichen Rechten sichtbar: Die Bundeswahlprogramme sind während der letzten zwei Jahrzehnte deutlich konservativer und „christlicher“ geworden. Durch ihre programmatische Neu-Positionierung gelang es wiederum der Partei, Evangelikale als Stammwähler zu gewinnen und dauerhaft an sich zu binden. Nicht zuletzt deshalb trug George W. Bush in den Präsidentschaftswahlen von 2000 und 2004 den Sieg davon. 2004 hatten immerhin 82 Prozent der weißen evangelikalen Wähler, die mindestens einmal pro Woche zur Kirche gingen, für Bush votiert, während nur 46 Prozent der übrigen Stimmen an ihn gegangen waren. Fast ein Viertel dieser weißen Evangelikalen gab mit Blick auf die persönlichen Einstellungen der Kandidaten Kerry und Bush an, dass vor allem deren Glaube ihre Wahlentscheidung beeinflusst habe; nur 5 Prozent der übrigen Wähler erklärten sich ebenso.

Anders als es in Europa vor allem zu Beginn des Irakkriegs wiederholt geschah, darf George W. Bush deshalb jedoch nicht einfach als Exponent oder „Marionette“ des politisierten „Fundamentalismus“ in den USA betrachtet werden. Bushs Verhältnis zur Christlichen Rechten war primär wahlstrategisch bestimmt. Von Anfang an hatte er keinen Zweifel daran, dass er das evangelikale Wählersegment für eine Wiederwahl brauchen würde. Zugleich war ihm klar, dass er ebenso dringend – oder dringlicher noch – die Unterstützung der übrigen Republikanischen Stammwählergrup-

Mein Leben wäre nicht lebenswert ohne die treibende Kraft der Religion, um es einfach zu sagen: den Glauben. Niemals habe ich auch nur einen Augenblick daran gezweifelt. Manche Menschen glauben nur, soweit sie verstehen. Solche Menschen tun mir leid. (Woodrow Wilson, 1856 - 1924)



pen brauchte – etwa der in sozialmoralischen und religionspolitischen Fragen eher moderat eingestellten Wirtschaftsliberalen. Entsprechend beschränkte sich Bush gegenüber der Christlichen Rechten auf symbolische Gesten und rhetorische Avancen, die diese Klientel zufrieden stellen sollte, ohne andere Wählergruppen zu verprellen.



Amerika hat bis heute überlebt, weil es für Gott gegründet wurde von Männern und Frauen, denen Sein Wille wichtiger war als ihre eigene Selbsterhöhung oder der Erwerb irdischer Güter.
(Herbert Hoover, 1874 - 1964)

So vermied er etwa konkrete Schritte, um die Abtreibung zu verbieten oder das Schulgebet wieder einzuführen. Zwar setzte er sich nach seinem Amtsantritt vor allem vor den Kongress- bzw. Präsidentschaftswahlen 2002, 2004 und 2006 immer wieder demonstrativ für Themen ein, die der Christlichen Rechten am Herzen lagen. Kostbares politisches Kapital investierte er jedoch nicht, um deren Forderungen durchzusetzen. Der Verfassungszusatz zum Verbot der „Homo-Ehe“ scheiterte bereits im Kongress, ohne dass der Präsident intensiv um Unterstützung für die Vorlage geworben hätte. Und die von ihm gefundene Regelung zur Stammzellforschung bedeutete einen Kompromiss, der erkennbar die Interessen von Wirtschaft und Wissenschaft berücksichtigte und die Rechtschristen entsprechend wenig zufriedenstellte.

Dass Bushs Umgang mit der Christlichen Rechten wahlstrategisch motiviert war, zeigt schließlich der Blick auf seine Außenpolitik. Hier machte er der Bewegung nicht einmal rhetorisch Zugeständnisse. Während die Christliche Rechte „den Islam“ als neuen „Satan“ und „Inbegriff des Bösen“ anprangerte, bemühte sich Bush immer wieder – insbesondere während des Afghanistan- und Irak-Feldzugs –, den Eindruck eines „Clash

So bekräftigen wir erneut die Transzendenz des religiösen Glaubens an das Erbe und die Zukunft Amerikas. Und so werden wir unablässig diese geistlichen Waffen schärfen, die für immer, im Krieg und im Frieden, die mächtigste Ressource unseres Landes sein werden.

(Dwight D. Eisenhower, 1890 - 1969)



of Civilisation“, eines religiös motivierten „Kreuzzuges“ gegen den Islam zu vermeiden. Verantwortlich für die Anschläge des 11. September 2001 sei nicht „der Islam“, betonte er wiederholt, sondern „Terroristen“, die den Namen dieser Religion missbrauchten. Während führende Ver-

treter der Christlichen Rechten den Islam als antisemitisch, ja „abgrundtief böse“ bezeichneten, distanzierte sich Bush mehrfach mit deutlichen Worten von diesen pauschalen Verurteilungen – und nahm dafür die scharfe Kritik der Christlichen Rechten in Kauf.

Bushs Außenpolitik war mithin realpolitisch orientiert und hatte amerikanische Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen im Blick. Auch in seiner Innenpolitik dominierten wirtschaftliche Interessen statt einer evangelikal-christlichen Ideologie, so dass am Ende vor allem die Wirtschaftslobby (und nicht die Christliche Rechte) mit der Bilanz der Bush-Administration zufrieden war.

Gänzlich wirkungslos blieben die Lobbyaktivitäten der Rechtschristen allerdings nicht: So wurden gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutz von Homosexuellen vor Diskriminierung im



Ich glaube an ein Amerika, das weder offiziell katholisch noch protestantisch noch jüdisch ist. Wenn diese Wahl entschieden wird nach dem Prinzip, dass 40 Millionen Amerikaner mit dem Tag ihrer Taufe keine Chance haben, jemals Präsident zu werden, dann ist die ganze Nation der Verlierer.“
(John F. Kennedy, 1917 - 1963)

Kongress wiederholt blockiert; die Einführung von „Entflammbarkeit“-Programmen“ anstelle des früheren Sexualkundeunterrichts an vielen öffentlichen Schulen unterstützte der Kongress finanziell. Und nicht zuletzt gelang es der Christlichen Rechten, die öffentliche Rolle der Religion in den USA insgesamt deutlich zu stärken. Selbst Demokratische Bewerber präsentieren sich inzwischen in ihren Wahlkämpfen häufig als „people of faith“.

Diesen erstaunlichen Einfluss auf das Meinungsklima konnte die Christliche Rechte nur deshalb gewinnen, weil sie sich trotz des rhetorischen Furors, den sie bisweilen entfaltete, an die demokratischen Spielregeln hielt: Auch wenn viele in ihren Reihen zu Recht als „Fundamentalisten“ bezeichnet werden können, ein Begriff, den konservative amerikanische Protestanten Anfang des 20. Jahrhunderts selbst wählten, um ihre Frontstellung gegen den „modernistischen“ Flügel der eigenen Glaubenrichtung zum Ausdruck zu brin-



Ich sehe im Glauben mehr als nur einen Trost für die Beladenen oder eine Zuflucht vor dem Tod, er ist vielmehr aktiv und wirksam in meinem Leben. Ich habe mich Gottes Willen unterworfen, im Dienst, seine Wahrheit zu entdecken und sein Werk zu vollbringen. (Barack Obama, geb. 1961)

gen, sind sie dennoch keine „Theokraten“. In einen „Gottesstaat“ wollten sie Amerika nie verwandeln. Selbst die schärfsten Kritiker der gesellschaftlichen Entwicklung seit „1968“ fühlen sich der amerikanischen Zivilreligion zutiefst verpflichtet: Freiheit, Demokratie und marktwirtschaftliche Ordnung stehen für sie nicht zur Disposition. Diese Werte bilden für sie – wie für die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung – den dogmatischen Kern des „amerikanischen Credos“. Zwar sind sie „Lobbyisten Gottes“, aber eben keine „Dschihadisten“. Politische Veränderungen müssen auch ihrer Meinung nach auf dem Weg der Reform erreicht werden, so mühsam und langwierig er sein mag.

Insgesamt haben sich seit dem Auftreten der Christlichen Rechten vor gut 30 Jahren die Koordinaten der Politik in den USA deutlich verschoben. Während sich früher ganze Denominationen einer der beiden Parteien zuordnen ließen – Katholiken wählten Demokratisch, Episkopale und andere moderate Protestanten Repu-

blikanisch –, ist heute eher die Intensität des persönlichen Glaubens ausschlaggebend für die Stimmabgabe: Besonders Strenggläubige wählen Republikanisch, die Laxeren Demokratisch. Da aber die säkular Eingestellten eine Minderheit bilden, müssen auch Demokratische Bewerber um das Präsidentenamt die Gläubigen für sich gewinnen. Der Kampf ums Weiße Haus ist stets auch ein Buhlen um die Religiösen, wie sich 2008 erneut beobachten ließ. Nicht umsonst präsentierte sich Barack Obama gern und oft als Christ, für den der Glaube zählt. Umgekehrt entschied sich John McCain, bekanntlich kein regelmäßiger Kirchgänger, der sich in der Vergangenheit mehrfach mit Exponenten der Christlichen Rechten angelegt und sie als „agents of intolerance“ bezeichnet hatte, ganz bewusst für Sarah Palin als Vizepräsidentenskandidatin: für eine evangelikale, religiös wie politisch äußerst konservative Christin, die all das verkörpert, was der christlich-rechte Flügel der Republikanischen Partei und der übrigen Wählerschaft schätzt – und an McCain vermisste. Letztendlich aber war diese Strategie eines „religiös Unmusikalischen“ dann wohl doch zu durchsichtig.

Religion, so viel steht fest, wird in der amerikanischen Politik auch weiterhin eine zentrale Rolle spielen, unabhängig davon, wie groß der Einfluss der Christlichen Rechten auf die jeweilige Regierung sein wird. Denn der Grad der Säkularisierung ist in den USA eben deutlich geringer als in vielen europäischen Gesellschaften. ✪

Kuwait, Camp Virginia, 25. Juli 2007: Sarah („Nicht nachgeben! Nachladen!“) Palin zeigt sich den Soldaten.



Spc. Wesley Landrum, US Army